

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung



Die Erwerbsinteressen der deutschen Bauern.

Der deutsche Bauer ist im Allgemeinen schwerfälliger in seinen Empfinden; kein an Allen hängend und wenig geneigt, seine Zeit für politische und soziale Spekulationen zu vertreiben. Zwar ist das Leben auf dem Dorf auch dem städtischen Berufsleben nicht gerade abhold — wir haben etliche Bauerndirektoren, von Helldorf, Lur, Müller, Schilling, Feuerschütz, v. Blücher und noch andere landwirtschaftliche Vereine von vielen Landwirtschaftlern gern aufgeführt wird — aber zu einem intensiveren Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten können sich die Bauern nur langsam anerkennen. Das Nachdrückliche, das Nachbarschaftliche, weiß der Bauer heute genöthigt zu empfinden. Am Ende des letzten Jahres ist er ein aufdringlicher Freund des Genossenschaftswesens geworden. Die Politik ist ihm fremd, in selbst die Beziehung in den Landwirtschaftskammern aber überläßt er gern seinem „Standesgenossen“, dem Rittergutsbesitzer. Es ist jedoch in neuerer Zeit häufig geworden, ob das Interesse des Großgrundbesitzers und des Kleinrentnerbesitzers das nämliche ist? Die Erhaltung der Genossenschaftlichkeit der Interessen ist heute ein einig Punkt ein, der den Großgrundbesitzer durch ihr ungeliebtes Drängen auf Jollisch nicht bloßgelegt haben — an der geplanten Erhöhung der Futterzölle. Es soll:

Table with 2 columns: Item (Getreide, Mais, Futtermittel, etc.) and Price/Value (e.g., von 2.60 Mark auf mindestens 5 Mark).

Der Rittergutsbesitzer und Domänenpächter lebt hauptsächlich von Getreidebau, auch Zuckerrübenbau und Weinereibetrieb fallen stellenweise sehr ins Gewicht; der eigentliche Bauer lebt in erster Linie von Viehzucht und Viehhaltung, der Bäuerlein von Kartoffelbau. Da heute in sehr großem Umfang Getreide veräußert wird, die zum Teil vom deutschen Rittergutsbesitzer, zum anderen Teil vom Ausland gekauft wird, spielen schon bei deren Zollfrage die Interessen feindlich gegenüber. Ebenso ging es bei den vorgeschlagenen Schutzzöllen auf Roggen, das vielfach aus Mecklenburg von Schlesien herbeigeht, was auch auf heimischen Märkten gekauft worden ist — Ganz unverständlich ist die Zollveränderung auf Mais, da hier gar kein Schutzbedürfnis vorliegt, weil auf deutschen Boden Mais nur als Grünfutter gebaut wird. Soll der Maiszoll als Waage gegen Amerika ausgepielt werden, so würde, wenn es etwa zu einem Zollkrieg käme, der Bauer durch verminderte Vertheuerung dieses Futtermittels einen erheblichen Theil der Jahre zahlen müssen. Von 1895—1900 ist die Einfuhr von Getreide von 27 auf 61 Millionen, von Reis, Reisabfall etc. von 22 auf 73 Millionen und der Mais von 51 auf 129 Millionen Mark gestiegen. Den mächtigen Import von Futtermitteln kann man leider statistisch nicht feststellen, da sie nicht von der Waagezelle getrennt gehalten wird. Einen Begriff aber kann man sich von dem heutigen Umfang der Getreidezufuhr machen, wenn man erfährt, daß zum Beispiel, als der Zollwärtner des Sandesborschen Mehlens in den beiden letzten Jahren nur 224 Waggons à 10,000 Kilogramm Brodgetreide, dagegen 2193 Waggons Futtergetreide, also zehnmal mehr, zur Veräußerung gebracht worden ist, und daß im obdenburgischen Amtsbezirk Putzungen die Einfuhr von Getreide, die fast ausschließlich veräußert worden ist, 1900 allein 4,780,000 Kilogramm betragen hat.

müß man einsehen, daß der Zoll auf Futtermittel die Wirkung der Erhöhung der Zölle auf Brodgetreide ungenügend schmälern würde. Gehtes würde unbedingt für jene kleinen Landwirthe zutreffen, welche nur wenig Getreide verkaufen, dagegen den Schwerpunkt ihres Betriebes auf Viehzucht und Mast legen.“ So schreibt der „Westfälische Landwirth“ in Köln, das wirtschaftliche Organ der rheinisch-westfälischen Bauern. Aus dem Westen kommt naturgemäß die Opposition gegen den Osten. So hat auch um nur noch einige Beispiele anzuführen, der Rheinische Bauernverein in Baden ausdrücklich beschlossen, dafür einzutreten, daß die Futtermittel frei von Zoll bleiben sollen. Auch der landwirtschaftliche Kreisverein zu Warendorf in Westfalen hat eine gebührende Resolution gegen die Erhöhung der Futterzölle angenommen; ebenso der Württembergische Bauernverein. Die Jahresversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins zu Gachenburg auf dem Westerwald und unter anderem auch der Gemeinderath des braunschweigischen Dorfes Walfersried haben auch ihre Stimme, freilich die meist kleiner Leute, vernahmen lassen, dahin, daß sie kein Interesse an den hohen Getreidezöllen haben, wohl aber an der Fortführung der bisherigen Handelspolitik. Doch auch im Süden verhalten die Bauern in gewisser Hinsicht feindselig gegen die Rittergutsbesitzer vorzugehen. Der liberale Bauernverein „Nordost“ und neben ihm der „Schubverband mecklenburgischer Landwirthe“ heumen sich gegen die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle überhaupt. Auch in der sächsischen Oberlausitz regt sich unter den Feldwirtschaftsbetriebern, die gewöhnlich alle Zölle verachten würden, um in der Industrie gute Kunden sich zu erhalten. An der Spitze aber der bäuerlichen Bewegung marschiren gegenwärtig die Landwirthe im Herzogthum Oldenburg. Bodenbesitzertheit und finanzielle Verhältnisse drängen hier die Landwirtschaft zur Viehzucht, ein Umstand, dem die Erhaltung eines fertigen Viehstandes zu denken ist. Ein gewisses Interesse an Unternehmungen verheißene Position um Fortschritt der „Capitälischen“ Handelspolitik ist von den Bauern in Weizel Putzungen in Unlauf gesetzt worden, in der mit fertigen Worten die Hochschulzollerei verurtheilt wird. Dem gegenüber hat zwar die Majorität des landwirtschaftlichen Ausschusses der Landwirtschaftskammer den vorgeschlagenen Zoll nicht für gut gefunden. Sie spricht die Bekämpfung aus, daß ohne Veränderung von Zollverhältnissen auf Getreide die Viehzucht sich mehr und mehr auf Viehhaltung legen würden und so vielleicht mit der Zeit eine Ueberproduktion von Fleisch eintreten könnte, mit der der obdenburgischen Landwirtschaft auch nicht gebüht wäre. Daraufhin hat die Minorität es an einer Gegenwirkung auch nicht fehlen lassen. In dieser wird runderweg überhaupt die Bekämpfung aus, daß ohne Veränderung von Zollverhältnissen auf Getreide die Viehzucht sich mehr und mehr auf Viehhaltung legen würden und so vielleicht mit der Zeit eine Ueberproduktion von Fleisch eintreten könnte, mit der der obdenburgischen Landwirtschaft auch nicht gebüht wäre. Daraufhin hat die Minorität es an einer Gegenwirkung auch nicht fehlen lassen. In dieser wird runderweg überhaupt die Bekämpfung aus, daß ohne Veränderung von Zollverhältnissen auf Getreide die Viehzucht sich mehr und mehr auf Viehhaltung legen würden und so vielleicht mit der Zeit eine Ueberproduktion von Fleisch eintreten könnte, mit der der obdenburgischen Landwirtschaft auch nicht gebüht wäre.

Die antipreußischen Polendemonstrationen in Oesterreich.

Zu der Angelegenheit der hemberger Polendemonstrationen gegen das dortige deutsche Konsulat hatte der Reichskanzler Graf v. Bülow heute eine längere Besprechung mit dem österreichisch-ungarischen Hofstarke v. Szögyenyi. Nichtsdestoweniger liegt bis zur Stunde noch keine Meldung über die betreffenden Vorfälle der Zwischenfälle vor. Während die österreichische Presse sich mit dem deutschen Verhalten wegen der Polenerge gegen das deutsche Konsulat in Warschau umfassende Satisfaktion zu gewähren, zogen

die verbündete österreichische Regierung anscheinend noch immer, wegen der gleichen Größe in Lemberg denselben Schritt zu thun. Da sie hat es nicht einmal verhindert, daß neue politische Demonstrationen in Lemberg und Wien stattgefunden haben, die zwar keinen gewaltthätigen Charakter trugen, aber immer eine feindselige Spitze gegen das deutsche Reich zur Schau trugen. Von unserem Wiener O.-Korrespondenten erhalten wir darüber folgendes Privat-Telegramm:

Ueber die gestrigen Demonstrationen in Lemberg wird gemeldet: In Lemberg wurde gestern Mittag in der Akademiestraße vor dem Bürgerthum das Zentrum des politischen Zentrums (L. J.) entzündet. An der Feier nahmen etwa hundert Personen aller Gesellschaftskreise, darunter viele Studenten, Theil. Der Bürgermeister Malachowski hielt die Festrede. Nach der Abingung eines nationalen Choralis zog die ganze Versammlung in die Nähe der Mochnadigasse wo sich das deutsche Konsulat befindet. Die Straße wurde durch einen starken Polizeifordon abgesperrt. Der Zug durchbrach den Polizeifordon und betrat die Straße, nationale Fahnen fliegend, und geriet zu dem Konsulat vorüber durch die ganze Gasse! Er setzte dann auf demselben Wege wieder zurück, blieb aber vor dem Konsulat nicht stehen, demonstrierte auch nicht gegen dasselbe. Der deutsche Konsul Legationsrat Baron v. Speharb, der sich eben auf dem Heimwege befand, mußte die Menge passieren, blieb aber unbehelligt. Dann zogen noch etwa zweitausend Männer und Frauen in den Stadtthor zu dem Soldatenposten-Denkmal und geriet zu dem Hofplatz, wo überall Lieber geäußert wurden. Die Polizei verbot, den Zug zu brechen, der sich aber immer wieder sammelte und zuletzt selbst auflöste.

Auch in Wien wurde gestern eine polnische Protestversammlung gegen das Vertheil im Gensener Prozeß abgehalten, dem aber vorübergehender Charakter einer privaten Zusammenkunft in einem Hotel gegeben war. Anwesend waren polnische Studenten, zum Theil Sozialdemokraten, Frauen und viele Kinder. Von den vielen polnischen Persönlichkeiten und Abgeordneten fehlten Bismarck erschienen zu sein. Die Redner protestirten gegen die Germanisirung und die Vertheilung der Polen in Preußen. Der Antrag, den polnischen Abgeordneten des deutschen Reichstages die Mißbilligung wegen ihrer Thätigkeit in der Wahrung der polnischen Nationalität auszusprechen, wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Ein geistreicher Pole, Namens Witold Wlodek, schenkte eine Schilderung der Verhältnisse in Preußen. Die polnische Nationalität in Preußen. Die Versammlung beschloß eine Resolution, worin die Wiener Polen auf das Schicksal ihrer Mißbilligung der Unterdrückung ihrer Kandidaten in Preußen auszuweisen und dieselben auszuweisen, in Kamp gegen die Germanisirung auszuweisen. Für die Gensener Vertheilung wurde eine Kollette beantragt.

Eine neu erschienene Wiener Korr. macht über die Lage der diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-ungarn folgende Mittheilungen:

Die „Wiener Auslandskorrespondenz“ aus besser Quelle mittheilt, daß die Verhandlungen zwischen dem Minister des Auswärtigen Grafen v. Goluchowski und dem deutschen Botschafter in Wien Fürsten Guleburg wegen der ostpreussischen Angelegenheiten in Galizien und namentlich wegen der Selbstbestimmungen für die Westpreußen von Westpreußen noch nicht beendet; ja sie nehmen vielmehr einen keineswegs glatten und befriedigenden Verlauf. Von deutscher Seite wurde das Verlangen ausgeprochen, daß die Selbstbestimmungen von Galizien und Westpreußen wurde der österreichischen Regierung nahegelegt, daß der Geist des Widerpruches, der Aufregung und der Staatsgefährlichkeit, welcher die deutschen Behörden zu härteren Maßnahmen gegen die Polen zwingt, bei den Polen Galizien, die in Oesterreich einen so bedeutenden Machtfaktor bilden, einen festen Anhalt finde. Seitens des österreichisch-ungarischen Hofes wurde demgegenüber die Ansicht ausgesprochen, und was die Forderung anbelangt, die polnischen Communities zu vertheilen, so wies man darauf hin, daß zum Beispiel die „Polen-

Einige Worte über die Rechte der Schauspielers.

Von Angelo Neumann (Prag).

Bei Schauspielern muß man in der Ordnung streng am Buchstaben halten, sie sind Theater in Ausübung. Es ist in den letzten Jahren so manches herbe Wort über die rechtlichen Verhältnisse des Bühnenwesens öffentlich gefallen, wohl geeignet, besonders das diesem Leben fernstehende Publikum in die Angelegenheiten der beschriebenen Verhältnisse zu erklären. Da man einen tüchtigen Förderung der Sache nicht ungenügend erscheinen und wenigstens angeht, der Klagen über den einseitig bedrückten Schauspielstand der Spruch zuzuziehen: Auditor et altera pars! Der Schauspieler oder, besser gesagt, das Bühnenmitglied soll — so hört man sagen — nach seinem mit dem Bühnenleiter abgeschlossenen Vertrage diesem gegenüber maßvoll und rechtlich verhalten. Ist das richtig? Ich fordere die sämtlichen Bühnenmitglieder der deutschen Theater und wir wollen doch hier nur von jenen Bühnen sprechen, die das früher in Geltung gewesene Bühnenvertragsformular anerkannt haben) an, jenen Vertragsformen zu bezeichnen, der das Mitglied dem sogenannten Bühnenmann maßvoll aussteht. Nicht eine einzige Bestimmung

ist darin enthalten, welche eine solche Annahme gerechtfertigt erweisen ließe.

Diese Bestimmung wird wohl nicht entfallen, wenn ich daran erinnere, daß das Bühnenmitglied trotz des mit Unrecht so verschrieenen Formulars es in der Hand hat, seinen Direktor bis aufs Kerker hinaus zu fordern, ohne daß dieser im Stande wäre, wirksam entgegenzutreten. Natürlich ist hier nur von solchen Bühnenmitgliedern die Rede, welche sich ihrer Brauchbarkeit für die Bühne und ihrer Beliebtheit beim Publikum und der Presse bewußt sind. Jene, die sich nicht im Besitze solcher Vorteile befinden, können schon darum übergehen, weil sie nicht zu diskutieren pflegen.

Sehen wir uns einmal den Fall eines bezogenen Schauspielers oder Sängers in einer akkreditirten Stellung hinsichtlich seines typischen Verlaufs an!

Das Bühnenmitglied — wir wollen es Gloriosus nennen — wurde nach einem von mäßigem Erfolg begleiteten Gastspiel auf mehrere Jahre mit festem Gehalt verpflichtet. Gloriosus ist überglücklich, als ihm die Direktion den vollzogenen Abschluß seines Kontraktes anzeigt. Gevige Dankbarkeit ist das Mindeste, was er bezeugt. Es handelt sich, wohlgemeint, um eine junge Kraft, die bisher nur wenig von sich reden ließ. Der betragende Direktor erweist das bisher unbekannt gebliebene Talent und bringt es durch richtige Leitung und Beschäftigung in zwei Jahren zu einer selbstständigen Stellungsbefähigung in einem deutschen Hoftheater der Bühnenwelt. Jetzt werden auch andere Theater auf den jungen Künstler, zum Theil durch die Agenturen, aufmerksam gemacht; ja es giebt Agenten, die nur zu dem Zwecke jahrelang in der Ferne sind, um tüchtige Kräfte zu höheren Bedingungen anzuwerben zu engagieren.

Sobald nun Gloriosus einen solchen Antrag eines Agenten der Bühne hat, lenkt er zu seinem Direktor mit Ansuchen um Entlassung oder Gegenüberstellung, und wird dem nicht Folge gegeben, dann weicht dem Spielplan!

Am aus dem Reiche der Abstraktion auf konkrete Beispiele

aus meiner Erfahrung zu kommen, könnte ich zahllose Fälle aufzählen, die zeigen, wie es das Bühnenmitglied in der Hand hat, seinem Direktor Schwerekeiten zu bereiten, ohne daß dieser im Stande wäre, sich wirksam dagegen zu wehren, und wie wenig Macht der geschlossene Vertrag dem Direktor verleiht, ein Mitglied seines Ensembles überhaupt dem Zustande zu sichern.

Eine jugendlich dramatische Sängerin, welche an einem Hoftheater keine genügende Beschäftigung erhalten, hierauf den Weg nach Prag geschickt und gefunden hatte, wurde als Abochänger aus dem Ensemble aufgenommen. Bald sollte sich eine weitere künstlerische Ausbildung als wünschenswerth herausstellen. Der Bühnenleiter verordnete sich deshalb persönlich für sie in Prag, wo Cosima Wagner daraufhin in selbstloser Weise die künstlerische Förderung in die Hand nahm. Sie erhielt während der ganzen Zeit eine Substitutionsgag vom Direktor. Später lehrte sie zurück und erbat sich einen Urlaub zu einem Gastspiel am dem Theater ihrer Vaterstadt. Dieser wurde ihr bewilligt, wurde auch die entsprechende Versicherung, daß die einer dem Engagement geseh, sondern nur als Anstöße bei ihrer dort entlassenen Vertheilung. Zurückgekehrt erbat diese Sängerin jetzt ihre Entlassung. Natürlich wurde dieses Ansuchen abgelehnt, und was that die junge Dame? Zu Beginn der Saison verließ sie eines Tages heimlich Prag und gab erst zwei Wochen nachher und zwar aus ihrer Wohnung, daß wieder das erste Lebenszeichen, indem sie sich dem Direktor gegenüber brieflich beschwerte, sie sei in den Wäldern als flüchtig bezeichnet worden. Die Art ihres Abganges bildete für die königliche Oper in Budapest allerdings kein Hinderniß, die Sängerin zu engagieren.

Ein zweiter Fall: Ein Bühnenmitglied weiß der Direktion den unangenehm verdrückten Antrag eines Bühnenleiters aus der Ferne vor, dieser jedoch, es würde ganz in seine bisherigen Stellung bleiben, wenn ihm gewisse Satisfaktionen gemacht würden. Die Direktion versichert, daß sie dieser For-

\*) Wenn der Hrd. Heute beginnen in Berlin die Verhandlungen der Vereinten Bühnenverwaltung der Deutschen Bühnengenossenschaft. Unter dieser sind bei Gelegenheit der früheren Verhandlungen über die Vertheilung der Rechte auf dem Kontinenten erklärten und wollen, daß wir in objektiver Weise nicht für die Interessen der Bühnenmitglieder einzutreten sind. Wenn geben wir aber an dieser Stelle auch einmal einen Vertreter der anderen Partei das Wort — und zwar um so lieber, als der tüchtige und sachliche Kampf eines so berühmten Bühnenleiters wie Angelo Neumann nur zur höchsten Klärung aller Streitfragen beitragen kann.